

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrig Leuschner in der 67. Plenarsitzung zu TOP 28 am 18.03.2010 zum Antrag der Fraktion der SPD:

„Gegen eine Diskreditierung linker Gesellschaftsentwürfe durch die Gleichsetzung mit rechtsextremistischen Gesellschaftsvorstellungen“

Drs. 16/2288 neu

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Grund des Antrags der SPD-Fraktion ist die zunehmende Diskreditierung linker Gesellschaftsentwürfe durch die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP.

Dieses wird durch undifferenzierte geschichtliche Interpretationen und die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus erzeugt.

Anrede, es ist unstrittig, dass wir alle extremistischen Bestrebungen abwehren müssen, die auf die Abschaffung oder die Einschränkung der demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft und unseres Staates zielen. Wir lehnen jegliche Gewalt gegen Sachen und Menschen ab.

Aber, wir sprechen uns auch gleichzeitig gegen die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus aus, die in Äußerungen des Innenministers von Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in den politischen Debatten geäußert wurden.

Anrede, diese Gleichsetzung wird auch durch pauschalisierende Aussagen in aktuellen Veröffentlichungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes deutlich.

Im Rahmen dieser Bemühung, eine gleichwertige linksextremistische Gefahr zu belegen, werden auch historische Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen und in einen ganz anderen Kontext gestellt.

Anrede, ich möchte dies anhand eines aktuellen Beispiels verdeutlichen:

Im Vorwort zur Dokumentation des Extremismus-Symposiums zum Thema „Linksextremismus - Die unterschätzte Gefahr?“ vom 28.05.09 schreibt der jetzige Präsident des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Herr Wargel:

Anrede, ich zitiere:

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“ Mit diesem Satz begannen vor über 160 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels ihr „Kommunistisches Manifest“. Das „Gespenst“ lebt noch immer – selbst 20 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Europa und nach dem Abriss des Eisernen Vorhangs.

In Deutschland erzielt die Partei DIE LINKE beachtliche Erfolge, die den Kapitalismus abschaffen will und unsere bestehende Verfassungsordnung in Frage stellt. (...)“ so Präsident Wargel.

Anrede, dadurch, dass der erste Satz des Einleitungstextes des Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 isoliert zitiert wird, wird er vollkommen aus dem Zusammenhang gerissen und somit unhistorisch und missbräuchlich verwendet.

Anrede, im Originaltext lauten die nächsten Sätze nämlich:

„Alle Mächte des alten Europas haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst, der Czar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.

Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, “?“

Ende des Zitats.

Für mich stellt sich die Frage, weshalb hier bewusst unvollständig zitiert wurde?

Anrede, ich könnte Ihnen jede Menge Beispiele aus Reden von Vertreterinnen und Vertretern der Koalitionsfraktionen der letzten Monate präsentieren, in denen ebenfalls unhistorisch und auch diffamierend argumentiert wurde.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf Reden und Wortbeiträge von Innenminister Schönemann, Herrn McAllister, Herrn Biallas, Herrn Minister Bode und von Frau Mundlos.

Der wiederholte Versuch der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, schließt auch alle demokratischen linken Gesellschaftsentwürfe mit ein und wird dadurch unhistorisch, theoretisch falsch und pauschal diffamierend!

Dadurch werden bewusst Begriffe verwischt und die fundamentalen Unterschiede zwischen demokratischen linken Traditionen und rechtsextremen menschenfeindlichen Positionen gleichgesetzt.

Diese Gleichsetzung richtet sich gegen jeden, der sich kapitalismuskritisch äußert, also gegen SPD, Gewerkschaften, Grüne, Die LINKE, aber auch gegen die christliche Soziallehre und wissenschaftliche Positionen.

Eine solche rein vordergründige Betrachtungsweise banalisiert zugleich jede Auseinandersetzung mit Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Das ist einer unserer Hauptkritikpunkte!

Als Folge fehlt den präventiven Ansätzen der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auch die historische Bindung an die reale gesellschaftliche und politische Entwicklung.

Im Gegensatz dazu vertritt die SPD-Landtagsfraktion einen interdisziplinären und auf Stetigkeit ausgerichteten Ansatz. Hierzu haben wir ja auch einen entsprechenden Entschließungsantrag vorgelegt.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus darf sich eben nicht auf Appelle und allgemeine Warnhinweise beschränken!

Der Rechtsextremismus und sein historischer Vorläufer, der Nationalsozialismus, beruhen auf Rassismus und der prinzipiellen Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Die rechtsextremistische, sozialdarwinistische Weltanschauung ist ohne Rassismus, "Gewalt und Krieg als ewigem Lebensgesetz des Rassenkampfes" und auch Antisemitismus nicht vorstellbar.

Eine Reduzierung linker Gesellschaftsmodelle auf die diktatorischen Herrschaftsformen Lenins und Stalins in der früheren Sowjet-Union und in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks ist falsch. Diese Staaten beriefen sich auf den Marxismus, sie waren jedoch keine zwingend notwendige Konsequenz. Dies zeigt die politische Praxis der sozialdemokratischen und demokratisch-sozialistischen Bewegungen und Parteien.

Die Utopien des demokratischen Sozialismus sind humanistisch und demokratisch angelegt.

Anrede, die Niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen führen diese Auseinandersetzung vor allem mit der Partei Die Linke in einer sehr vereinfachenden Art und Weise, indem sie ihr pauschal unterstellen, dass sie linksextrem sei.

Dieses Vorgehen richtet sich aber nur scheinbar allein gegen Die Linke.

In Wirklichkeit wird dadurch jegliches kapitalismuskritisches und linksreformiertes Denken, das auch Bestandteil sozialdemokratischer Programmatik ist, in die Nähe des Extremismus gerückt.

So werden gleichzeitig eben auch die Begriffe „Demokratischer Sozialismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ im Verfassungsschutzbericht 2007 ohne jede Einschränkung oder Relativierung als „nur scheinbar mit unserer bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar“ Zitat (S. 168) bezeichnet.

Die Geschichte und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ist untrennbar mit dem Kampf für Freiheit und Demokratie und deren Erhalt verbunden.

Der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ gehört für uns zum Kernbestandteil sozialdemokratischen Selbstverständnisses, er ist der Gegenbegriff zum früheren Staatssozialismus östlicher Prägung.

Willy Brandt sagte, der Demokratische Sozialismus beruhe auf dem Bekenntnis zur Freiheit, zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit.

Anrede, mit dem Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ verbindet sich der Kampf der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und der SPD für Arbeitnehmerrechte und die demokratische und soziale Ausgestaltung des Wirtschaftslebens.

Und ohne diesen Einsatz würde es die soziale Marktwirtschaft überhaupt nicht geben!

Wir wehren uns dagegen, dass die Sozialdemokratie tendenziell zunehmend unter Generalverdacht gestellt und wir durch unser Bekenntnis zum „Demokratischen Sozialismus“ in die Nähe des Extremismus gerückt werden.

Anrede, wir verwahren uns auch mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch in Stellungnahmen von Vertretern des niedersächsischen Innenministeriums, die SPD unter eine undifferenzierte Sichtweise bezüglich ihres Verhältnisses zur Demokratie zu stellen. Ich will ihnen nur ein Beispiel dafür nennen.

So schreibt der Verfassungsschutzpräsident: „Es gibt Stimmen, die vor jeder Zusammenarbeit (mit der Partei Die Linke) warnen und auf das zumindest ambivalente Verhältnis der Partei zur Demokratie hinweisen. Und es gibt solche, die den Blick auf neue Machtoptionen richten und bereits Regierungskoalitionen mit ihr eingehen.“

Angesichts der gegen die SPD gerichteten Vorwürfe und Unterstellungen stellen sich für uns folgende Fragen:

Sind für die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg allein durch die Regierungsbeteiligung der Linken nicht demokratisch und wie beurteilen Sie dagegen die Zusammenarbeit von CDU und Die Linke in kommunalen Gebietskörperschaften wie z. B. in Cottbus oder Schwerin?

Darf die Verfassungsschutzbehörde in Niedersachsen von einer auf parteipolitische Neutralität bedachten Institution zu einem Instrument der Regierung gegen die Opposition werden und welcher Auftrag ist dem NEIS vor diesem Hintergrund zgedacht?

Anrede, besonders fatal bei diesem Denkmuster ist, dass es von den Regierungsfractionen auch als Mittel im politischen Tagesgeschäft angewendet wird, um SPD Vorschläge in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit zu rücken und zu diffamieren. So werden in Landtagsdebatten oder in Presseveröffentlichungen zur Schulpolitik, zur Sozialpolitik oder zum Grundverständnis von Gesellschaft durch Abgeordnete der CDU und der FDP gleichzeitig Begriffe wie „Gleichheit statt Freiheit“ oder Gegenüberstellungen von „Kollektiv“ und „Individualität“ auch zur Kennzeichnung von Vorschlägen der SPD verwendet werden.

Oder nehmen wir, meine Damen und Herren von CDU und FDP, nur den von Ihnen so gerne verwendeten Begriff der „Einheitsschule!“

Anrede, deshalb ist für uns in der politischen Auseinandersetzung stets eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig.

Anrede, vor allem ist es aber äußerst bedenklich, wenn seitens eines Landesministeriums undifferenzierte Betrachtungsweisen und pauschale Vorverurteilungen in Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Ausstellungen vorgenommen werden, weil diese als hoheitliche Darstellungen einer staatlichen Stelle in der Öffentlichkeit einen ganz besonderen Stellenwert haben.

Anrede, wir kritisieren, dass in den letzten Monaten in den Veröffentlichungen des Niedersächsischen Innenministeriums eine zunehmende und pauschale Gleichsetzung zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus festzustellen ist. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren!

Es wird anscheinend bewusst auf eine Differenzierung nach ideengeschichtlichem Hintergrund und politischer Zielsetzung verzichtet.

Ihre Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, meine Damen und Herren von CDU und FDP, versucht eine Umschichtung der Mittelverteilung zu Lasten der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorzunehmen. Und in ihrer Begründung dafür setzt sie auch die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus gleich.

In Sachsen-Anhalt hingegen, dort stellt eine große Koalition die Regierung, hat die vorgenommene Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus im Programm einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann Stiftung zu einer großen öffentlichen Auseinandersetzung geführt.

Fazit war: Erst durch zahlreiche Proteste wurde dieser unwissenschaftliche Vergleich zurückgenommen und dieses ist nur zu begrüßen!

In den Stellungnahmen des Niedersächsischen Innenministeriums wird dagegen nahezu durchgängig jegliche Kritik an den Wirtschafts- und Eigentumsverhältnissen Deutschlands, -pauschal und sachlich unfundiert - als Indiz für eine extremistische politische Ausrichtung bewertet.

Anrede, die Wirtschaftsform der Bundesrepublik Deutschland ist nicht im Grundgesetz festgelegt. Angesichts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist aber eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem nötig.

Wer vor diesem Hintergrund Deutungsansätze aus der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie ableitet – auch namhafte Hochschullehrer tun dies – kann kritisiert werden, aber man darf ihn oder sie nicht als Extremist bezeichnen!

Anrede, Kapitalismuskritik ist mit einer Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung absolut vereinbar

Anrede, zu welchen Auswirkungen eine solche Auffassung aber bei Minister Schönemann geführt hat, macht der Fall von Jannine Menger-Hamilton deutlich. Dies, Anrede, haben wir ja bereits gestern Vormittag erörtert.

Die SPD-Landtagsfraktion verlangt, dass der Verfassungsschutz in Niedersachsen seine gesetzliche Aufgabe wahrnehmen soll, nämlich die Abwehr von Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung. Er soll sich hierbei effizient an den tatsächlichen Gefahrenpotentialen ausrichten und nicht an den parteipolitischen Schwerpunkten der Spitze des Innenministeriums orientieren.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Kampf gegen den Extremismus auf die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu konzentrieren anstatt den Versuch zu unternehmen, Kapitalismuskritiker zu kriminalisieren!

1. Wir wollen, dass dafür Sorge getragen wird, dass statt einer schablonenhaften Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus sich künftig differenziert mit der Ideengeschichte und den Ursachen von Rechts- und Linksextremismus auseinandergesetzt wird.

Dieses muss auch in Veröffentlichungen zum Ausdruck kommen.

2. Und, Anrede, aus diesem Grund wollen wir, dass die neu konzipierte Ausstellung zum Thema „Verfassungsschutz gegen Extremismus – Demokratie schützen“ wissenschaftlich überarbeitet und in Teilen zurückgenommen wird!

3. Wir fordern die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für Politische Bildung! Diese ist mit entsprechendem pädagogisch ausgebildeten Fachpersonal auszustatten.

4. Auf Landesebene darf es keine Umschichtungen von Haushaltsmitteln zu Lasten von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geben.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass dort ebenfalls keine haushaltsmäßigen Umschichtungen zu Lasten von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus stattfinden.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.